

INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

Landesrat Rudi Anschober

24. Februar 2017

zum Thema

**Oö. Landesregierung entscheidet am Montag über
Energiewende –
Vorschläge des Klimaschutz-Referenten**

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

DVR: 0069264

Rückfragen-Kontakt:

Mag.^a Tina Schmoranz (+43 732) 77 20-12083 oder (+43 664) 600 72-12083

Oö. Landesregierung entscheidet am Montag über Energiewende – Vorschläge des Klimaschutz-Referenten

Die neue Energiestrategie sowie der neue Windkraftmasterplan stehen nach der auf Antrag von LR Anschober verwirklichten Verschiebung am kommenden Montag in der Oö. Landesregierung neuerlich zur Abstimmung. Klimaschutz-Landesrat Anschober ist so wie die vielen Energie- und Umweltinitiativen, die die Pläne vehement ablehnen, überzeugt, dass eine Umsetzung das Ende der Energiewende sowie des Ausbaus der Windkraft wäre. Im Ministerrat Ende Juni wird die Bundesregierung eine neue Klima- und Energiestrategie des Bundes beschließen, einen Plan um die vorgeschlagene Österreich-Verpflichtung von minus 36 Prozent CO₂-Emissionen bis 2030 zu erreichen. Anschober beantragt nun, dass die nächsten Monate in Oberösterreich für eine breite Bürger/innenbegutachtung der neuen Pläne genutzt werden und erst nach dem Beschluss der Bundesregierung eine neue oö. Energiestrategie festgelegt wird, um sicherzustellen, dass die oö. Strategie ihren Beitrag zum Erreichen der österreichweiten Strategie sowie der EU-Klimaziele leistet.

Die Weltklimakonferenz von Paris hat nach jahrelangen Versuchen endlich die weltweite Einigung auf einen Weltklimavertrag geschafft, damit die Temperaturerhöhung auf diesem Planeten bei unter 2 Grad begrenzt werden kann und damit besonders katastrophale Auswirkungen der Klimakrise soweit wie möglich vermieden werden. Auch die EU hat dazu völkerrechtsverbindlich klare Einsparungsschritte bis 2030 zugesagt. Der Aufteilungsschlüssel dieser Ziele ist völkerrechtsverbindlich innerhalb der EU auf die Mitgliedstaaten festgelegt.

Zur Ausgangslage

In Österreich sind die Emissionen der gesamten Treibhausgase von 1990 mit 78,8 Mio. Tonnen bis 2015 auf 78,9 Mio. Tonnen leicht gewachsen. In Oberösterreich im Zeitraum von 1990 bis 2014 von 22,25 Mio. Tonnen auf 22,08 Mio. Tonnen leicht gesunken.

Die größten Erfolge der bisherigen Klima- und Energiepolitik Oberösterreichs sind in den Bereichen Raumwärme und Energie zu verzeichnen – so sanken die Treibhausgase im Bereich Gebäude von 1990 bis 2014 um 46,7% (von 2,125 Mio. Tonnen CO₂-äquiv. auf 1,132 Mio. Tonnen CO₂-äquiv). Im Bereich der Energie im selben Zeitraum sogar um 62% - gleichzeitig betrug die Zunahme im Verkehrsbereich auch rund 62%.

Zur Forcierung der gesamthaften Energiewende auf lokaler Ebene wurde das Programm "Energiespargemeinde EGEM" in OÖ beschlossen. Bisher 182 Gemeinden sind bereits EGEM-Gemeinden bzw. arbeiten daran, weitere 100 interessieren sich dafür und wollen den Arbeitsprozess starten.

Die Verwendung erneuerbarer Energieträger stieg seit 2005 deutlich. Der Anteil der erneuerbaren Energie am Endenergieverbrauch ist von 33 Prozent 2005 auf 39 Prozent im Jahr 2014 gestiegen. Der fossile Energieträger Öl sank im selben Zeitraum um 19 Prozent. Der Bruttoinlandsenergieverbrauch zum Bruttoregionalprodukt ist um 25 Prozent gesunken, die Energieintensität um 25 Prozent.

Im neuen Arbeitsübereinkommen legt sich die Bundesregierung in Punkt 3.4 bzgl. der Energie- und Klimastrategie fest: der Ministerrat Ende Juni 2017 wird sie beschließen.

LR Anschober: „Es wäre völlig absurd, wenn Oberösterreich wenige Wochen vor diesem Umsetzungsbeschluss des Pariser Weltklimaübereinkommens das Ende der ambitionierten Energiewende und das Ende des Windkraftausbaus beschließen und damit die völkerrechtliche Verpflichtung Österreichs auf ambitionierten Klimaschutz blockieren würde. Paris kann nicht Fortsetzung der bisherigen Politik und schon gar nicht Aufweichung der bisherigen Energiepolitik bedeuten. Für die Zukunftssicherung der nächsten Generationen auch in Oberösterreich braucht es auch in OÖ Engagement, klare Ziele und viele Maßnahmen, die klug aufgesetzt, auch dem Wirtschaftsstandort nützen können und sollen.“

Neue Energiestrategie bedeutet massive Rückschritte

Statt dem bisherigen Ziel der Strategie „Energiezukunft 2030“ mit 100 Prozent Erneuerbare bis 2030 beim Stromverbrauch, soll nun das Ziel massiv aufgeweicht werden auf 80-97 Prozent bis 2050. Ähnlich bei der Raumwärmeerzeugung: statt 100% Erneuerbare bis 2030 soll nun kein absolutes Energieziel mehr festgelegt werden. Und die energiebedingten absoluten Treibhausgas-Emissionen würden bei Umrechnung des vorgeschlagenen Relativziels von 2014 bis 2030 lediglich um 0 bis 10 Prozent sinken.

Anschober: OÖ nützt die Möglichkeiten im Non-ETS-Bereich nicht

Es besteht vermutlich Einvernehmen in der Landespolitik, dass die Klimaschutzstrategie nicht standortgefährdend sein darf und dass es kurzfristig vor allem für die Stahlindustrie und die Zementindustrie

(ETS) schwierig ist, wirksame Technologieumstellungen zu verankern. Anschober lobt dabei ausdrücklich die Bemühungen dieser Betriebe, vor allem aber auch der Voest, jetzt durch große Forschungsprogramme die Umstellung auf klimaverträgliche Technologiewechsel anzustreben.

Völlig mutlos ist das geplante Energieszenario jedoch im Non-ETS-Bereich, also z.B. bei Verkehr, Raumwärme (Wohnen) und Strom.

Anschober: „Mit dieser öö. Strategie werden wir die Paris-Ziele jedenfalls nicht erreichen.“

Anschober: Der vorgelegte Windmasterplan würde dazu führen, dass der Ausbau der Großwindkraft völlig gestoppt wird

Der vorgelegte Windmasterplan entpuppt sich bei genauer Prüfung als „Nullwind-Masterplan“. OÖ ist sicher kein starkes Wind-Land in Zukunft, aber die vorhandenen Potenziale müssen genutzt werden.

Anschober: Warum wird das Wasserkraft-Ausbaupotenzial nicht genutzt?

In Oberösterreich wurden seit 2005 45 Wasserkraftanlagen zur Neuerrichtung genehmigt und Modernisierungen an rund 240 bestehenden Anlagen mit einem Mehrertrag von bisher 118 GWh durchgeführt. 2015 wurde von Anschober eine Erhebung des Wasserwirtschaftlichen Planungsorgans, der Masterplan Wasserkraft, veröffentlicht: Dieser unterscheidet die öö. Flüsse in Strecken, die noch sehr naturbelassen sind und daher nicht energetisch genutzt werden sollen und in jene, wo Wasserkraft wirtschaftlich sinnvoll und umweltverträglich möglich wäre. Dabei geht es um neue Projekte ebenso wie um Modernisierungen und

Optimierungen bestehender Kraftwerke. So wurden durch Neubau und Sanierung 488 GWh an kumuliertem Ausbau- und Steigerungspotential festgemacht.

Anschober: Oberösterreich braucht eine große Ausbauoffensive bei Sonnenenergie und Biomasse und einen Investitionsschub bei der Energieeinsparung und Energieeffizienz.

Oberösterreich steht vor einer entscheidenden Weggabelung & Weichenstellung:

Die Umsetzung des Pariser Weltklimavertrags bietet eine große Chance: mehr Zukunftschancen für die nächsten Generationen und mehr Jobs sind bei kluger Umsetzung die Folgen.

Dazu darf aber Oberösterreich jetzt nicht die falschen Maßnahmen setzen.

Daher wird LR Anschober in der Regierungssitzung am Montag zwei Anträge einbringen:

- Abwarten der Entscheidung über die Klima- und Energiestrategie des Bundes Ende Juni und erst danach Beschluss einer mit der Bundesstrategie übereinstimmenden Landesstrategie
- Nützen der Phase bis dahin für einen breiten Begutachtungsprozess unter Einbeziehung der vielen engagierten Bürger/innen, der NGOs, der Öko-Wirtschaft und natürlich aller anderen Interessierten

Beilagen: Auswahl von Stellungnahmen der NGOs und Betroffener

Johannes Wahlmüller, Klima- und Energiesprecher, Global2000:

„Der Strategie fehlen wesentliche Elemente einer zeitgemäßen Energie- und Klimapolitik, etwa klare überprüfbare Ziele in Abstimmung mit dem Weltklimavertrag. Es braucht eine öffentliche Konsultation mit Bevölkerung, Umwelt- und Arbeitnehmervertreter/innen, derzeit ist wohl nur die Industrie mit ihren Interessen vertreten.“

Dr. Christian Rakos, GF proPellets Austria

Mit der neuen Energiestrategie *„würde die Regierung der eigenen Ökoenergieindustrie in den Rücken fallen.“* Die Situation der oö. Unternehmen – im Bereich Bioenergie, Nutzung von Solarenergie sowie Nutzung von Wärmepumpen – würde ignoriert – mit negativen Auswirkungen auf den heimischen Markt und massiven wirtschaftlichen Einbußen. In OÖ sind einige der erfolgreichsten Hersteller von Pellets- und Hackschnitzelheizungen zu einem echten Wirtschaftsfaktor geworden, es bestehen beste Voraussetzungen, um den Wärmebedarf aus heimischer Biomasse zu decken und damit Jobs im ländlichen Raum zu sichern. *„Abgesehen von den wirtschaftlichen Vorteilen gebietet es auch das Verantwortungsbewusstsein gegenüber unseren Kindern und Enkeln, dass wir den Klimaschutz ernst nehmen und alles daran setzen, einen katastrophalen globalen Temperaturanstieg zu verhindern.“*

Stefan Moidl, Geschäftsführer der IG Windkraft:

Mit dem neuen Windkraft-Masterplan würde die Windnutzung in OÖ der Geschichte angehören und man würde stattdessen auf Kohle- und Atomstrom aus den Nachbarländern setzen, so Stefan Moidl, GF der IG Windkraft. Die geplanten Abstandregelungen für Windräder würde ganz OÖ zur windkraftfreien Zone machen, sogar die bisherigen Vorrangzonen. *„Die Branche hat sich aber an diesen*

Vorgaben orientiert“ und schon mehrere hunderttausend Euro in die Planung investiert, beklagt Moidl. Dabei hätte Windenergie durchaus Potenzial in OÖ: „Bis 2030 könnten mit zusätzlich 100 Windrädern 30 Prozent der Haushalte versorgt werden.“

Verein Energievision Attergau-Mondseeland:

In einem offenen Brief an die Oö. Landesregierung „Warum dürfen am Saurüssel keine Windräder gebaut werden?“ beschreiben die Obmänner Richard Niederreiter und Martin Emeder die Situation am Saurüssel und fordern Erklärungen. Sämtliche Voraussetzungen wie Abstände und Ertrag nach den Bedingungen des alten Masterplans wären erfüllt, v.a. Strass im Attergau und Tiefgraben wollen Windräder errichten. Durch die Streichung aller Vorrangzonen, wo schon mit großem Kostenaufwand sehr gute Erträge gemessen wurden, soll jetzt Windenergie in OÖ unmöglich gemacht werden.

Gabriele Schweiger, Roland Egger, atomstopp_oberoesterreich:

Die Plattform atomstopp_oberoesterreich sieht „*keinen Masterplan, sondern einen Disasterplan*“, der die Glaubhaftigkeit Oberösterreichs als Antiatom-Land untergräbt. „*Wer der Atomindustrie ernsthaft ein Ablaufdatum verpassen will, kann sich nicht gleichzeitig einer optimierten Nutzung der Windkapazität verweigern.*“